

Keine Rentenpolitik zulasten der jungen Generation!



Vorwort

Zahlreiche Politiker fordern massive Rentenerhöhungen zulasten der jungen Generation. In ihrem Bauchladen haben sie beispielsweise: Das Rentenniveau nicht unter 46 Prozent sinken zu lassen, das Rentenniveau auf dem heutigen Stand einzufrieren oder sogar bis auf 50 Prozent anzuheben, die Mindestrente – die sogenannte „Lebensleistungsrente“ – oder die Mütterrente z.B. Die Begleitmusik zu den maßlosen Rentensteigerungsplänen: Horrorszenarien wegen angeblich drohender Altersarmut. Doch die Szenarien scheitern am Faktencheck, so wie auch die Rentengeschenke den Praxistest nicht überstehen würden: Unter den drückenden Beitragslasten gingen Arbeitnehmer und Wirtschaftskraft als Fundament unseres Sozialstaates früher oder später in die Knie.

Die Renten eines Ruheständlers schultern heute noch drei Personen im erwerbsfähigen Alter. Doch bereits in 15 Jahren verteilt sich dieselbe Last auf nur noch zwei Erwerbstätige. Da verbietet es sich, dem ohnehin schwer beladenen Beitragszahler immer weitere Rentenpakete aufzubürden – eine Anhebung des Rentenniveaus auf 50 Prozent würde bis 2029 mit über 350 Milliarden € zu Buche schlagen. Und eine Anhebung der Rentenleistungen, also eine Umverteilung von Jung zu Alt, verschärft die Armutsprobleme in Deutschland, anstatt sie zu verbessern: Auf Hartz IV sind rund neun Prozent aller Bürger angewiesen, aber nur 2,5 Prozent der Rentner. Zudem werden die gesetzlichen Renten auch in den nächsten Jahren deutlich steigen: Während der Eckrentner von der gesetzlichen Rentenversicherung heute monatlich 1.314 € ausbezahlt bekommt, werden es 2029 voraussichtlich 1.824 € sein.

Aber angesichts von 20 Millionen Rentnern in Deutschland denkt sich offenbar so mancher Wahlkämpfer: Was stören mich die Fakten? Doch die Verantwortung gegenüber allen Generationen erfordert eine ehrliche Bestandsaufnahme: Die Jungen wollen wir vor Überlastung schützen, den Älteren die fälschlicherweise geschürte Angst vor massenweiser Altersarmut nehmen. Mehr Transparenz in der Altersvorsorge ist uns ein zentrales Anliegen. Gleichzeitig unterbreiten wir konkrete Vorschläge, wie die Alterssicherung aus der Zange von Bevölkerungsalterung und Niedrigzins befreit werden kann, immer das Ziel im Blick: Den Älteren einen auskömmlichen Lebensabend ermöglichen, ohne die Jüngeren fortwährend als Lastesel zu missbrauchen!



Wolfgang Steiger
Generalsekretär

Berlin, im Mai 2017



Dr. Rainer Gerding
Bundesgeschäftsführer

1. Mehr Transparenz in der Altersvorsorge schaffen

Thomas Schulte (55 Jahre alt) ist verunsichert. Seit Monaten schon überbieten sich Politiker mit Alarmmeldungen zur Alterssicherung. Die Riester-Rente sei gescheitert, hört er da. Die Absenkung des Rentenniveaus müsse gestoppt werden, lautet eine andere Schlagzeile. Die Altersarmut nehme zu, liest er in seiner Tageszeitung.

Also kramt der Industriekaufmann die drei Aktenordner raus, in denen er die Rentenunterlagen der Familie gesammelt hat. Neben der gesetzlichen Rente hat er schon kurz nach der Einführung der Riester-Rente je eine Police für sich und seine Frau abgeschlossen. Schultes Frau ist Chemie-Laborantin und spart – mit Unterbrechungen für die Erziehung der beiden inzwischen erwachsenen Kinder – bei ihrem Arbeitgeber schon seit Jahren für eine zusätzliche betriebliche Rente. Auch eine Lebensversicherung haben die Schultes.

Obwohl Thomas Schulte auf eine penible Aktenführung achtet, schüttelt er schon nach kurzer Zeit resigniert den Kopf: Jede Versicherung schickt andere Informationen. Mal wird die Gesamtsumme der Leistungen ausgewiesen, mal der monatliche Zahlbetrag. Bei manchen starten die Leistungen ab dem 65. Geburtstag, dann wieder erst mit seinem gesetzlichen Renteneintrittsalter von 67. Auf welche Renten-Gesamtsumme er und seine Frau sich einstellen können, lässt sich kaum ermitteln. Ob die Politiker mit ihren Warnungen also doch Recht haben?

Das Beispiel von Thomas Schulte steht für Millionen von Menschen hierzulande. **Um zuverlässig einschätzen zu können, wie es jedem von uns persönlich im Alter finanziell ergehen wird, brauchen wir unbedingt ein Renten-Informationssystem.** In anderen Ländern Europas gibt es das längst. Würde Schulte beispielsweise in Dänemark, Schweden oder Norwegen leben, könnte er auf einen Blick und datenschutzrechtlich einwandfrei den aktuellen Stand aller seiner Renteneinkünfte aus den verschiedenen Säulen der Alterssicherung sehen: Sobald sich ein Nutzer registriert und die Erlaubnis gibt, dass seine Daten für die Analyse freigegeben werden, leiten die jeweiligen Vorsorgeanbieter ihre Informationen an die Plattform weiter. Dort werden sie zum Zeitpunkt des Abrufs übersichtlich zusammengeführt.

Umso mehr benötigt auch Deutschland als wirksames Instrument gegen Altersarmut endlich eine neutrale, unabhängige Plattform, beispielsweise nach dem Vorbild von Dänemark, Schweden, Norwegen und dem Modell der Deutschen Renten Information e.V. Doch anders als in den skandinavischen Ländern hat die Politik ein solches Modell in Deutschland bislang noch nicht umgesetzt.

Ob das auch daran liegt, dass mit der Rente immer wieder populistisch Angst geschürt wird? Oder daran, dass seit Jahren immer wieder umfangreiche Pakete für Rentner geschnürt werden, die gleichzeitig die Jungen enteignen und ihre Belastungen in die Höhe treiben? Möglicherweise möchten Politiker mit immer neuen Geschenken um die Gunst der über 20 Millionen Rentner werben, ohne, dass die Jungen das Ausmaß ihres persönlichen finanziellen Schadens erkennen.



2. Mythos Altersarmut entlarven

Karolin, die Tochter von Thomas Schulte, besucht ihre Oma Annelie in Köln. Die Architektin sorgt sich um ihre Großmutter, denn die Medien sind voll von Berichten über Altersarmut. Doch Oma Annelie kann ihre Enkelin beruhigen: Sie hat trotz der Erziehung ihrer vier Kinder immer wieder gearbeitet, so dass sie eine eigene gesetzliche



Rente in Höhe des Durchschnitts westdeutscher Frauen bezieht. Mit gut 500 € im Monat ist das nicht so viel, aber hinzu kommt die Witwenrente ihres Mannes in Höhe von 580 €. Außerdem erhält sie aus einer privaten Rentenversicherung monatlich noch 180 €.

An das Durchschnittseinkommen alleinstehender Rentnerinnen von 1.420 € kommt sie damit zwar nicht ganz heran. Doch weil die Schultes ein abbezahltes Häuschen im Kölner Süden hatten, konnte Oma Annelie es vor kurzem gut verkaufen und hat dafür eine barrierefreie Wohnung mit großem Balkon erworben. Karolin stellt fest: Nach Abzug der Miete, die sie im Gegensatz zu ihrer Oma zahlen muss, bleibt ihr selbst trotz Vollzeitarbeit weniger zum Leben als ihrer Großmutter. Was ist also dran am Gerede von Altersarmut?

Populisten verschiedener Parteien haben begierig Renten-Zahlen des WDR aufgegriffen. Demnach drohe angeblich jedem Zweiten Altersarmut, weil seine Rente auf Hartz-IV-Niveau sinke. Wie falsch das ist, zeigt die aktuelle Rentenstatistik: Auch heute liegen 47 Prozent der gesetzlichen Renten unter 750 €, unterschreiten also das Grundversicherungsniveau. Trotzdem: **Nur 2,5 Prozent der Bezieher gesetzlicher Renten sind auf Hartz IV angewiesen:** Auch dann, wenn ein Partner weniger als 750 € aus der gesetzlichen Rentenversicherung erhält, liegt das Haushaltsbruttoeinkommen eines Rentnerpaares durchschnittlich bei über 3.300 € – also weit oberhalb jeglicher Armutsschwelle.

Zu berücksichtigen sind nämlich sämtliche Formen von Einkommen: beispielsweise auch die gesetzliche Rente des Partners, die gerade bei ehemals teilzeitbeschäftigten Frauen meistens höher ist als die eigene; ebenso Ansprüche aus berufsständischen Versorgungswerken oder der eigenverantwortlichen Altersvorsorge. Die ist viel verbreiteter, als oftmals angenommen: 70 Prozent aller beschäftigten Alleinstehenden und sogar 86 Prozent aller Paare sorgen vor, indem sie in Riester-, Rürup- und Betriebsrenten sowie Renten- und Lebensversicherungen einzahlen. Personen, die in anderer Weise sparen oder Hypothekendarlehen bedienen, sind dabei noch nicht einmal berücksichtigt.



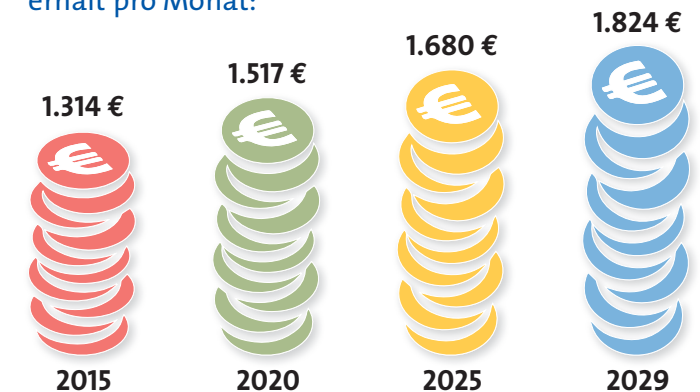
3. Steigende Renten anerkennen, Panikmache beenden

Aktuell ist Oma Annelie also gut versorgt. Doch wie sieht es in Zukunft aus, wenn das Rentenniveau sinkt? Karolin liest, dass dennoch die Höhe ebenso wie die Kaufkraft der ausbezahlten Rente weiter ansteigen wird.

Derzeit ist die gesetzliche Rentenversicherung noch in einer relativ komfortablen Lage, da auf einen Ruheständler drei Personen im erwerbsfähigen Alter kommen. Doch zwischen den Jahren 2020 und 2030 sinkt dieses Verhältnis auf eins zu zwei. Damit geraten unsere umlagefinanzierten Sozialsysteme stark unter Druck. Dennoch werden die Ren-

tenleistungen weiter ansteigen: Zwar geht das Rentenniveau von 47,5 Prozent 2015 auf voraussichtlich 44,6 Prozent im Jahr 2029 zurück. Doch dieser Prozentwert bezieht sich auf den Durchschnittslohn, und der steigt weiter. Deshalb wird auch die Standardrente von heute 1.314 € über 1.517 € im Jahr 2020 und 1.680 € im Jahr 2025 auf 1.824 € im Jahr 2029 steigen, so die Schätzungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Auch nach Abzug der Inflation werden sich die Rentner deshalb immer mehr leisten können.

Ein Standardrentner mit 45 Beitragsjahren erhält pro Monat:



Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Zudem wird beim Modell des Standardrentners nicht berücksichtigt, dass sich das reguläre Renteneintrittsalter von einst 65 bis 2029 auf 67 erhöhen wird. Arbeiten Personen zwei Jahre länger als bisher und erwerben sie dementsprechend zusätzliche Rentenansprüche, dann sinkt das Rentenniveau kaum, nämlich nur von 47,5 Prozent auf 46,6 Prozent im Jahr 2029. Die Standardrente fiel dann mit 1.905 € um rund die Hälfte höher aus als heutzutage.



4. Enteignung der jungen Generation durch immer neue Rentenpakete stoppen

Karolin ist beruhigt: Um ihre Oma muss sie sich keine finanziellen Sorgen machen! Doch sie kommt ins Grübeln: Wie ist das eigentlich mit dem Generationenvertrag? Sind die Lasten gerecht verteilt?

Die Architektin hat gerade ihren ersten Job in einem renommierten Büro angetreten und ihrer Großmutter begeistert von der neuen Herausforderung erzählt. Eines aber hat die 27-Jährige doch gewaltig überrascht: Von den 2.700 €, die sie jetzt im Monat verdient, bleiben ihr als Single netto nur gut 1.700 € übrig.

Rund tausend Euro im Monat zahlt sie nur für Steuern und Sozialabgaben. Und auch ihr Arbeitgeber überweist zusätzlich noch einmal über 500 € Sozialabgaben für sie. Oma Annelie tröstet die Enkelin und steckt ihr 200 € zu.

Die Beitragslast der Beschäftigten wird zukünftig kräftig weiter anschwellen und schon bald die 40-Prozent-Marke überspringen. Sie galt bisher als das absolute Maximum für die Sozialabgaben. Bereits für 2029 prognostiziert der Sachverständigenrat rund 42,5 Prozent, für 2050 etwa 48 Prozent Sozialversicherungsbeiträge. Ausschlaggebend ist dafür vor allem die Überforderung der gesetzlichen Rentenversicherung:



Selbst ohne weitere Geschenke an Ruheständler wird der Rentenbeitrag laut Rentenversicherungsbericht und Sachverständigenrat von heute 18,7 Prozent auf 21,5 Prozent 2029 und mehr als 25 Prozent 2050 ansteigen. Für einen Single mit Bruttodurchschnittseinkommen von 37.000 € bedeutet dies bereits 2029 eine Zusatzbelastung von 387 € jährlich. Verantwortlich dafür ist in hohem Maße die Politik der Großen Koalition: **Allein das 2014 verabschiedete Rentenpaket mit Mütterrente sowie Rente mit 63 kostet jährlich zehn Milliarden €.** Insgesamt werden alle, die in die Sozial- und Steuerkassen einzahlen, hierfür sage und schreibe 285 Milliarden € aufbringen müssen. Nach Berechnungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales werden sich die jährlichen Rentenausgaben bis 2045 fast verdreifachen – von derzeit rund 283 Milliarden € auf dann 784 Milliarden €.

Noch viel schlimmer würde es für die Jungen, wenn sich die Gewerkschaft ver.di und SPD-Linker mit ihrer unverantwortlichen Forderung durchsetzen, das Rentenniveau auf 50 Prozent anzuheben. Der typische Alleinstehende würde dann 2029 mit 870 € zusätzlich zur Ader gelassen. Insgesamt müssten Arbeitnehmer und Arbeitgeber bis 2029 gigantische Zusatzlasten in Höhe von 350 Milliarden € schultern. Allein im Jahr 2029 würden sie um 52 Milliarden € erleichtert, Tendenz stark steigend, und das bei immer weniger Arbeitnehmern, die dafür aufkommen können.



Karolins Bruder Michael Schulte und seine Frau Martina sowie ihre zwei Kinder fühlen sich in ihrem gerade erworbenen Häuschen mit eigenem Garten rundum wohl. Selbstverständlich belasten die monatlichen Raten in Höhe von 1.500 €. Doch von den 55.000 €, die Michael als Alleinverdiener jährlich nach Hause bringt, können die Schultes die Kreditraten für ihr Eigenheim bestreiten.

Doch dann liest Martina, was eine Anhebung des Rentenniveaus auf 50 Prozent für sie bedeuten würde: „2029 wären für uns dann 100 € zusätzlich an Rentenbeiträgen fällig – und das jeden Monat!“ Michael ergänzt besorgt: „Mein Arbeitgeber müsste für mich dann ja auch noch 100 € monatlich zusätzlich an die gesetzliche Rentenversicherung abführen. Bei den Gehaltsverhandlungen hätte ich dann wohl keine besonders guten Karten.“

Die Schultes sind sich einig: „Hoffentlich wird das Rentenniveau nicht angehoben. Sonst wird es für uns finanziell eng. Denn unser Kredit wird ja noch lange laufen, und die Lasten eines höheren, festen Rentenniveaus werden von Jahr zu Jahr größer!“

Eine gigantische Umverteilung von Jung zu Alt wäre umso paradoxer, als nur jeder 40. Rentner auf die Grundsicherung angewiesen ist, dagegen im Durchschnitt der Bevölkerung jeder Elfte. Der Rentenexperte Prof. Axel Börsch-Supan vom Münchner Max-Planck-Institut stellt deshalb zurecht fest: „Zusätzliche Rentenleistungen, die zugleich den Jungen noch mehr Lasten aufbürden, verschlimmern die Armutprobleme in Deutschland.“

Dabei ist das Ende der Fahnenstange längst erreicht. Die Industrieländer-Organisation OECD kritisiert zutreffend: **Die junge, erwerbstätige Generation wird in Deutschland so stark wie in kaum einem anderen Industrieland belastet. Jeder dritte Euro, der in Deutschland verdient wird, fließt bereits in die Sozialkassen.**



5. Länger leben, länger arbeiten: Rente an Lebenserwartung koppeln

Das mit der Generationengerechtigkeit lässt Karolin nicht los: Auf der Rückfahrt von Oma Annelie googelt die junge Architektin schnell ihre statistische Lebenserwartung: Noch voraussichtlich 65 Jahre wird eine 27-jährige Frau in Deutschland durchschnittlich leben. „Dann werde ich ja 92“, denkt Karolin, „das sind zwölf Jahre mehr als Oma Annelie jetzt alt ist. Wer dann wohl meine Rente zahlt?“

Bei Oma Annelie ist das mit dem Umlageverfahren der Rente anschaulich: Sie hat vier Kinder, von denen derzeit noch drei arbeiten. Eines davon ist Karolins Vater Thomas, der gemeinsam mit seiner Frau selbst erst in zwölf Jahren in Rente gehen wird. Karolin macht eine kurze Überschlagsrechnung: „Was mein Bruder und ich dann in die Rentenkasse einzahlen werden, wird wohl nicht reichen, um die Renten meiner Eltern zu finanzieren.“

Als sie wenig später ihre Eltern auf das Thema anspricht, nickt ihr Vater und sagt: „Du und Dein Bruder, ihr werdet sicher einmal mehr in die Rentenkasse einzahlen müssen als wir.“ Dann zwinkert er seiner Tochter zu: „Aber wir könnten Euch auch ein wenig entlasten. Meinst du, ich sollte im Job noch ein oder zwei Jahre dranhängen?“ Er erzählt Karolin vom Ausstand eines Kollegen vor kurzem: „Der ist mit 65 noch richtig gut drauf und hat keine Lust, die nächsten 17 Jahre nur den Rasen zu mähen.“ „17 Jahre?“, fragt Karolin zurück. Dies sei derzeit die durchschnittliche Rentenbezugszeit von Männern in Deutschland, erklärt ihr Vater. Bei Frauen liege sie sogar bei 21 Jahren.

Während bei Einführung der staatlichen „Invaliditäts- und Altersversicherung“ unter Bismarck im Jahr 1889 die durchschnittliche Rentenlaufzeit sieben Monate betrug, sind wir mittlerweile bei fast 20 Jahren angelangt. **Allein seit den 1960er Jahren hat sich der Lebensabschnitt nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben fast verdoppelt.**

Bei aller Freude über die zusätzliche Lebenszeit, die uns geschenkt wird: **Ohne weitere Reformen werden unsere sozialen Sicherungssysteme dem nicht gewachsen sein.** Jeder vernünftige Mensch sieht ein, dass eine wesentlich höhere Rentenbezugsdauer auch von jemandem bezahlt werden muss. Falls wir nicht wollen, dass entweder die Beitrags- und Steuersätze der Erwerbstätigen dramatisch ansteigen oder das Rentenniveau der Älteren deutlich zurückgeht, bleibt allein eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit als Lösung.

Der gesetzlich verankerte, planmäßige Anstieg des Renteneintrittsalters auf 67 im Jahr 2029 kann dabei noch nicht das Ende sein. Zehn Staaten der Europäischen Union sind wesentlich weiter als Deutschland. Sie haben bereits Gesetze, die den regulären Renten-



beginn weit über den 67. Geburtstag hinaus anheben. Die Dänen beispielsweise werden 2050 erst mit 72 Jahren regulär in Rente gehen. Auch in den Niederlanden und in Griechenland sehen die Gesetze dann Altersgrenzen jenseits der 69 vor.

Eine längere Lebensarbeitszeit bietet den Bürgern nicht nur bessere Perspektiven auf einen auskömmlichen Lebensabend, sondern würde auch den Fachkräfteadlerlass wirksam eindämmen: Die Deutschen leben nicht nur länger, sie leben vor allem auch länger gesund und erwerbsfähig. Prof. Axel Börsch-Supan und das Münchener Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik haben ermittelt: Heute 70-Jährige weisen die gleiche körperliche und geistige Fitness auf, wie vor 30 Jahren 65-Jährige. Umso wichtiger ist die Koppelung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung, entsprechend dem Vorschlag des Sachverständigenrates: Mit jedem zusätzlichen Lebensjahr steigt das Renteneintrittsalter um acht Monate.

Gleichzeitig würde ein transparentes Renten-Informationssystem den Bürgern verdeutlichen, wie viel höher ihre gesetzliche Rente ausfällt, wenn sie über die Regelaltersgrenze hinaus arbeiten, gerade auch dank der Flexi-Rente.

Berta Breitner, Karolins Tante, hat viel Freude an ihrer Arbeit als Arzthelferin. Sie weiß: Mit ihrer Tätigkeit hilft sie Menschen und kann dabei auf ihren reichen Erfahrungsschatz zurückgreifen. Doch zu ihrem Leidwesen naht der Ruhestand. Denn bereits in diesem Frühjahr wird sie ihre Regelaltersgrenze – 65 Jahre und 6 Monate – erreichen. Gleichzeitig hat ihr das letzte Schreiben der Deutschen Rentenversicherung klar vor Augen geführt: Ihre gesetzliche Rente wird dann wegen langer Phasen der Teilzeitarbeit und Erwerbsunterbrechungen nur bei 590 € monatlich liegen. Doch wie ist das eigentlich mit der Flexi-Rente für einen späteren, flexibleren Renteneintritt, die nun endlich von der Bundesregierung beschlossen wurde? Berta vermisst ein übersichtliches Renten-Informationssystem, mit dem sie ihren Fall anhand unterschiedlicher Szenarien durchspielen könnte. Doch sie ist hartnäckig und rechnet nach.

Sie fühlt sich rüstig, arbeitet in Vollzeit und verdient derzeit den Durchschnittslohn westdeutscher Beschäftigter. Pro Jahr, das sie weiter arbeitet, wird sie einen Rentenpunkt im Gegenwert von aktuell 30,45 € monatlich gutgeschrieben bekommen – der Flexi-Rente sei Dank. Zusätzlich steigt ihr Rentenanspruch mit jedem Jahr, in dem sie ihre Rente nach Erreichen der Regelaltersgrenze noch nicht abrufen, um sechs Prozent. Neulich hat sie gelesen, dass Japaner durchschnittlich erst mit rund 70 Jahren in Rente gehen. Das schaffe ich auch, zumindest bis 69,5, denkt sich Berta, und rechnet: „Vier Rentenpunkte mehr für vier zusätzliche Arbeitsjahre, und meine Rente liegt nicht mehr bei 590 €, sondern bei 712 €. Weil ich ja auch meinen Rentenbeginn um vier Jahre hinausschiebe, bekomme ich obendrein noch einen Zuschlag von vier mal sechs Prozent, macht also 24 Prozent. Dann bin ich mit meiner



gesetzlichen Rente nicht mehr bei 712 €, sondern bei 883 €. Und außerdem werden in der Zwischenzeit die Renten ja generell weiter ansteigen – vielleicht nicht mehr jährlich um knapp sechs Prozent im Osten und 4,25 Prozent im Westen, wie noch 2016, aber wohl schon um zwei Prozent. So werden dann in vier Jahren aus meinen 883 € rund 955 €.“

Berta ist überrascht: „955 € statt 590 € gesetzliche Rente im Monat, wenn ich bis 69,5 Jahre weiterarbeite. Und dazu kommt noch meine Lebensversicherung, die ausgezahlt wird. So kann ich dann auch meinen Ruhestand richtig genießen.“ Berta geht direkt zu ihrem Chef, dem Allgemeinmediziner Bruno Blinddarm. Der freut sich, dass seine erfahrenste und beste Arzthelferin weiter für ihn arbeiten möchte. Im Handumdrehen haben beide eine Vertragsverlängerung vereinbart. Berta stellt fest: Das beste Mittel gegen Altersarmut ist eine längere Lebensarbeitszeit!

6. Eigenverantwortliche Altersvorsorge stärken

Thomas und Andrea Schulte haben sich die Empfehlungen der Rentenexperten zu Herzen genommen: Vor Altersarmut haben sie zwar keine Angst. Gleichzeitig wissen sie aber, dass neben der gesetzlichen Rente auch die betriebliche und die private Altersvorsorge unverzichtbare Säulen für einen auskömmlichen Lebensabend darstellen. Gerade haben die beiden ihre jährlichen Riester-Abrechnungen bekommen. Doch diesmal heften sie die Unterlagen nicht wie sonst gleich ab, sondern rechnen nach: Wie hoch ist die Rendite der Anlage? Stimmt es, was manche Politiker sagen, dass sich das Riestern nicht lohnt?

Auf den ersten Blick sieht alles prima aus: Die Schultes haben sich jeweils für einen Riester-Vertrag entschieden, der in internationale Aktienfonds investiert. Der Wert ihrer Verträge hat ordentlich zugelegt. Damit haben sie gute Chancen, einmal über dem durchschnittlichen Nachsteuerertrag von 3,6 Prozent zu liegen, den ausbezahlte Riester-Verträge derzeit bringen. Und selbst das ist noch deutlich mehr als die aktuellen Minizinsen für Sparguthaben und Festgeld.

Bei genauerem Hinsehen stellen die Schultes fest: Nur ein Teil ihrer Einzahlungen ist tatsächlich auch in Aktienfonds geflossen, der andere Teil dagegen schwerpunktmäßig in festverzinsliche Anleihen. So geht ihr Vorsorgeanbieter wegen der gesetzlichen Verpflichtung vor, dass mindestens die eingezahlten Beiträge erhalten bleiben müssen. Deshalb kann

bei Riester-Verträgen nur begrenzt in Aktien investiert werden, die auch einmal ins Minus rutschen können, erläutert ein befreundeter Vorsorgespezialist. Gleichzeitig gehen damit aber auch Renditechancen verloren.

In Deutschland wurden bislang 16,5 Millionen Riester-Verträge mit Einzahlungen von insgesamt 85 Milliarden € abgeschlossen. Sie pauschal zu verunglimpfen, gefährdet einen entscheidenden Baustein der Rentenreformen nach der Jahrtausendwende. Gerade für Kinderreiche und Geringverdiener decken die staatlichen Riester-Zulagen besonders viel von den erforderlichen Einzahlungen ab. Rund 60 Prozent aller Riester-Sparer verdienen jährlich weniger als 30.000 €, 45 Prozent sogar weniger als 20.000 €.



Monika Müller, Karolins 35 Jahre alte Cousine, hat es nicht leicht: Als alleinerziehende Mutter zweier Kinder fällt es ihr schwer, noch einer Vollzeittätigkeit nachzugehen. Denn eine ganztägige Betreuung ihrer beiden Söhne ist nicht sichergestellt. So muss sie als teilzeitbeschäftigte Bankangestellte mit einem jährlichen Bruttolohn von



20.000 € auskommen. „Davon auch noch eine Altersvorsorge aufbauen? – unmöglich“, denkt sich Monika zunächst. Doch sie recherchiert und stellt fest: Für einen Eigenbetrag von nur 60 € im Jahr würde sie vom Staat die volle Riesterförderung erhalten – 754 € in ihrem Fall: 154 € Grundzulage für sich selbst plus 300 € für ihren ersten Sohn plus 300 € für ihren zweiten Sohn. Monika erkennt: Von den insgesamt 814 €, die jährlich in ihren Riester-Vertrag fließen, zahlte Vater Staat 93 Prozent, sie selbst nur sieben Prozent. „Fünf Euro im Monat? Die kann ich aufbringen“, ist sie überzeugt. Kurzentschlossen wählt sie einen Anbieter aus und schließt ihren Riester-Vertrag ab.

Als weitere Säule trägt die betriebliche Altersvorsorge derzeit rund acht Prozent zum Alterseinkommen der Deutschen bei. Allerdings ist sie besonders in kleineren Betrieben wenig verbreitet. So verfügen in Firmen mit bis zu neun Mitarbeitern lediglich 30 Prozent der dort Beschäftigten über eine betriebliche Altersvorsorge. Gerade deshalb ist die Zahl von rund 18 Millionen Menschen mit Betriebsrentenansprüchen noch deutlich ausbaufähig, denn das sind nur 60 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. In Zeiten des zunehmenden Fachkräftemangels gewinnen Angebote zur betrieblichen Altersvorsorge auch immer stärker als wirksame Instrumente der Mitarbeiterbindung an Bedeutung.

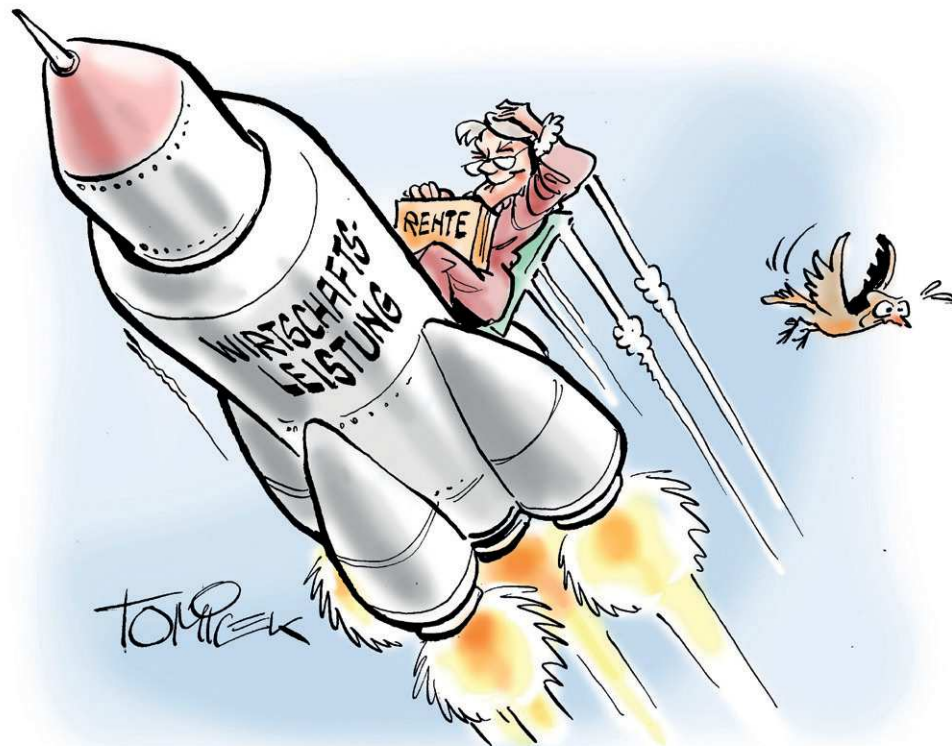
Zur Stärkung der eigenverantwortlichen Altersvorsorge fordert der Wirtschaftsrat:

- Bessere Rendite durch flexiblere Anlagemöglichkeiten der Vorsorgeanbieter: Künftig müssen höhere Aktien- und Immobilienanteile möglich sein. Nirgendwo sonst in Europa wird die Altersvorsorge durch eine überschießende Regulierung so einseitig wie bei uns an Anleihen gebunden, die kaum noch Rendite abwerfen. Durch abgesenkte Garantien zum Kapitalerhalt sollte, wenn vom Vorsorgesparer gewünscht, eine Aktienquote von bis zu 60 Prozent ermöglicht werden.
- Verringerter Anrechnung von Betriebs- und Riester-Renten auf die Grundsicherung im Alter: Wer vorsorgt, muss mehr haben als derjenige, der nicht vorsorgt.
- Einbeziehung zusätzlicher Gruppen wie Selbständiger in die Förderung.
- Schaffung einer Möglichkeit zur Nachholung versäumter Einzahlungen.
- Anhebung der Förderhöchstgrenzen: Wie ursprünglich vorgesehen, sollten wieder vier Prozent des sozialversicherungspflichtigen Einkommens mit staatlicher Förderung in Riester-Verträge eingezahlt werden können. Das wären aktuell rund 3.000 € pro Jahr. Auch in der betrieblichen Altersvorsorge sollten der Förderrahmen erweitert und staatliche Zulagen nach Muster der Riester-Förderung eingeführt werden.
- Übertragung des Riester-Zulagenprozesses auf die Finanzämter zur Vereinfachung des Verfahrens.

7. Soziale Sicherheit braucht wirtschaftlichen Erfolg

Thomas und Andrea Schulte haben sich mühsam durch ihre diversen Informationsmitteilungen der gesetzlichen Rentenversicherung und privaten Vorsorgeanbieter durchgearbeitet und dabei ein transparentes Renten-Informationssystem schmerzlich vermisst. Doch letztlich gelangen sie zum Ergebnis: Gemeinsam können sie im Ruhestand mit rund 2.600 € monatlichem Nettoeinkommen rechnen. Damit liegen sie ungefähr im Durchschnitt aller Paare. Zusammen mit finanziellen Rücklagen und ihrem abbezahlten Reihenhaus haben sie ausreichend für ihr Alter vorgesorgt.

Karolin fragt: „Ist es Euch eigentlich schwergefallen, Euren Lebensabend ausreichend abzusichern?“ Ihr Vater Thomas verneint: „Deine Mutter und ich, wir waren nie arbeitslos. So konnten wir Jahr um Jahr Rentenpunkte sammeln, für unsere Altersvorsorge noch etwas bei Seite legen und unser Häuschen abbezahlen. Und erinnerst Du Dich, wie stark die Renten etwa letztes Jahr gestiegen sind?“



2016 hat es die stärkste Rentenerhöhung seit 23 Jahren gegeben. Wegen der ausgezeichneten Beschäftigungsentwicklung bekamen die Rentner in Ostdeutschland einen Zuschlag von 5,95 Prozent, im Westen waren es 4,25 Prozent. **Das zeigt: Wenn die Wirtschaft boomt und mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte auf höhere Löhne ihre Rentenbeiträge zahlen, dann profitieren davon gleichzeitig auch die Rentner.**

Zugleich verschaffen eine starke Wirtschaft und ein flexibler Arbeitsmarkt auch Geringqualifizierten günstige Beschäftigungschancen. Das ist die beste Voraussetzung für ein auskömmliches Einkommen im Alter. Denn die gesetzlichen Renten fallen dann höher aus. Zudem vergrößert sich der persönliche finanzielle Spielraum für die eigenverantwortliche Altersvorsorge.

Zusammengefasst – für auskömmliche Alterseinkommen ohne Überlastung der Jungen fordert der Wirtschaftsrat:

- ▶ Wirtschafts- und beschäftigungsfreundliche Politik:
Soziale Sicherheit braucht wirtschaftlichen Erfolg
- ▶ Mehr Transparenz in der Altersvorsorge
durch ein säulenübergreifendes Renten-Informationssystem
- ▶ Stärkere Förderung der eigenverantwortlichen Altersvorsorge
- ▶ Bessere Renditechancen mit höheren Aktien- und Immobilienanteilen
durch Absenkung der Garantievorgaben
- ▶ Automatische Erhöhung des Renteneintrittsalters
mit steigender Lebenserwartung
- ▶ Vermeidung zusätzlicher Rentenlasten,
die Beitragszahler und Wirtschaftskraft erdrücken

Das sind die besten Voraussetzungen für einen funktionierenden, gerechten Generationenvertrag. **Umso dringender muss der populistische Rentenanschlag auf die Jungen abgewehrt werden!**

Den Generationenvertrag zukunftsfest machen!





Verantwortlich:

Wolfgang Steiger, Generalsekretär
Dr. Rainer Gerding, Bundesgeschäftsführer

Inhaltliche Betreuung:

Dr. Holger Fricke,
Stellvertretender Leiter Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

Gestaltung und Abwicklung:

Miriam Jankowski, Persönliche Referentin des Generalsekretärs
Birgit Heinrich, Referentin Presse und Kommunikation

Karikaturen:

Tomicek

Herstellung:

STEINBACHER DRUCK GmbH

© Wirtschaftsrat 2017

Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Luisenstraße 44, 10117 Berlin

Telefon: 030 / 240 87-150

Telefax: 030 / 240 87-206

Internet: www.wirtschaftsrat.de

E-Mail: info@wirtschaftsrat.de